



Niederschrift

24. Sitzung Hauptausschuss
30. November 2021, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

1.

Punkt 1 der Tagesordnung: Aktuelles zur Kontaktstelle Frau und Beruf – Bearbeitung der Istanbul-Konvention

Vorlage: 2021/1342

Beschluss:

1. Der Hauptausschuss nimmt den Bericht über die aktuelle Situation der Kontaktstelle „Frau und Beruf Karlsruhe“ zur Kenntnis.
2. Der Hauptausschuss beschließt, die für die Aufgaben der Kontaktstelle „Frau und Beruf Karlsruhe“ vorgesehene Stelle im Umfang von 0,5 VZÄ zeitlich befristet bis zum 30.04.2024 zu nutzen, um die Projektstelle für die Konzeptentwicklung zur Umsetzung der Istanbul-Konvention aufzustoßen und so einen zeitgerechten Projektabschluss zu gewährleisten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und teilt die Namen der entschuldigten Bürgermeister mit. Bürgermeister Dr. Käuflein verfolgte die Sitzung via Livestream und bei Bedarf zugeschaltet werden. Tagesordnungspunkt 7 sei in den nichtöffentlichen Teil verschoben worden. Tagesordnungspunkt 28 sei für heute abgesetzt. Er berichtet von der kleinen Feierstunde zur Verleihung der Ehrennadel in Gold mit Lorbeer an Herrn Stadtrat Lüppo Cramer für 40-jährige Zugehörigkeit zum Gemeinderat und spricht ihm nochmals seinen herzlichen Dank aus. Anschließend weist auf die einzuhaltenden Regelungen nach der Corona-Verordnung hin.

Er ruft Tagesordnungspunkt 1 zur Behandlung auf und fasst den Inhalt der Vorlage zusammen.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE) hebt die Bedeutung der Istanbul-Konvention hervor. Sie dankt der Verwaltung für die getätigten Bemühungen und die vorgelegte Beschlussvorlage.

Stadträtin Melchien (SPD) zeigt sich zufrieden, dass der vorhandene Stellenanteil für die Erstellung eines Konzepts zur Istanbul-Konvention eingesetzt werden solle. Sie kritisiert jedoch die Haltung des Landes, was die Finanzierung der Kontaktstelle Frau und Beruf angehe. An diesem Punkt müsse weitergearbeitet werden.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU) bemängelt, dass das Land keine Mittel bereitstelle.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI) appelliert an die GRÜNE-Fraktion über die Landtagsabgeordneten das Thema weiter zu behandeln und lobt die konsequente Handlungsweise der Verwaltung.

Der Vorsitzende stellt auf Nachfrage von **Stadtrat Schnell (AfD)** klar, dass die Stelle der Kontaktstelle Frau und Beruf nun zur Bearbeitung der Istanbul-Konvention verwendet werde. Die Aufgaben der Kontaktstelle werden daher nicht weiterverfolgt. Er verweist auf die Angebote der IHK, der Handwerkskammer sowie weiterer Institutionen zur Beratung von Frauen hin. Frauen, die sich mit einem entsprechenden Beratungsbedarf melden, können an ebendiese vorhandenen Angebote weitergeleitet werden.

Der Vorsitzende stellt, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, die einstimmige Zustimmung fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
13. Dezember 2021